

Bezugspreis:
Wochenblatt 30.- M. monatlich 12.- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12.- M. einrück.
Zahlungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Drog. u. das Saar- und
Fernpostgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete: Belgien, Österreich,
Ungarn und Rumänien 22.- M. für
den übrigen Ausland 25.- M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Etschland + Slowakei, Dänemark,
Polen, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.

Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

VORWÖRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neuartigen Anzeigenblätter
kosten 6.- M. „Kleine Anzeigen“
das letzte Blatt des 2.- M. (zu-
lässig zwei je nach Größe des Blattes)
weiteres Blatt 1.- M. Gebührende
und Schlußzeilenanzeigen des ersten
Blatt 1.- M. jedes weitere Blatt
60 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten keine 400 Pf.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leistungsgeld.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 55-57
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Freitag, den 11. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Amerika gegen Schuldenstreichung.

London, 11. November. (W.T.B.) Mac Kenna, der
gestern abend aus Amerika zurückgekehrt ist, erklärte in einer Unter-
redung mit Pressevertretern, die allgemeine Ansicht in den Ver-
einigten Staaten sei gegen die Streichung der alliierten
Kriegsschulden. Man erwarte zwar in den Vereinigten
Staaten nicht, daß Finanzkongress auf der bevorstehenden Abrüstungs-
konferenz erörtert würden, gebe jedoch die Möglichkeit zu, daß dies
doch der Fall sein könne. Wenn auch die Arbeitslosigkeit in den Ver-
einigten Staaten beträchtlich sei, so sei sie doch ganz bestimmt viel
geringer als in England. Soweit er aber beurteilen könne, seien die
Vereinigten Staaten über das Schlimmste hinweg.

England zahlt seine Schulden.

London, 11. November. (W.T.B.) Reuter erzählt von gut unter-
richteter Seite, daß die englische Regierung alle Vorbereitungen
treffe, um im April nächsten Jahres mit der Zinsenzah-
lung der von England bei Amerika aufgenommenen Anleihen
zu beginnen.

Reparationen und Wirtschaftsende.

London, 11. November. (W.T.B.) Der britische Schatzkanzler
Sir Robert Horne erklärte gestern in einer Rede die Wirkung
der deutschen Reparationen auf den Handel und behauptete,
der Niedergang des Handels sei nicht auf die Reparationen zurückzu-
führen, denn in den Vereinigten Staaten, die keine Reparationen
forderten, sei die Arbeitslosigkeit ebenso groß, wenn nicht größer als
in England. In den ersten neun Monaten des Jahres 1921
habe Deutschland nach England Waren im Werte von 58 Millionen
Pfund ausgeführt. In derselben Periode des Jahres 1920
habe die deutsche Ausfuhr nur 20 Millionen Pfund betragen. Dies
stehe in keinerlei Zusammenhang mit dem Stand der deutschen Markt.
Zu diesem Jahre habe bis zum Monat September die deutsche Aus-
fuhr nach England nur ein Viertel des Betrages aus der Zeit vor
dem Kriege ausgemacht, und wenn die gesamte deutsche Ausfuhr nach
allen Teilen der Welt in Betracht gezogen werde, so betrage sie
nur den vierten Teil dessen, was sie vor dem Kriege
ausmachte.

Amerika wünscht keine Verträge.

London, 11. November. (W.T.B.) Der Washingtoner Bericht-
erstatter der „Morning Post“ sagt, bei der französischen Delegation
in Washington fingen die Illusionen an, sich zu zerstreuen. Es
werde ihr klar gemacht, daß, während Frankreich die Sympathie der
Vereinigten Staaten besitze, diese Sympathie weder mit poli-
tischen noch mit Finanzangelegenheiten vermengt
werde. Die Ratifikation des Dreiländerabkommens stehe ebenso
außer Frage wie der Abschluß und die Ratifikation eines englisch-
amerikanischen Bündnisses oder eines Offensiv- und Defensivvertrages
mit Japan. Frankreich könne immer auf die Sympathie Amerikas
rechnen, wenn es von neuem einem Angriff Deutschlands ausge-
setzt werde. Versicherungen in Form der Ratifikation irgendeines
Vertrages durch den Senat würden jedoch nicht gegeben werden.

Nach einer Washingtoner Meldung soll der ehemalige Staats-
sekretär Lansing den Posten eines Ratgebers bei der chine-
sischen Gesandtschaft angenommen haben.

Ankunft der englischen Delegation.

Washington, 11. November. Balfour und die englische Dele-
gation sowie die Delegationen von Neuseeland und Australien sind
hier eingetroffen.

Einer Meldung aus Washington zufolge überreichte der britische
Botschafter dem Staatssekretär Hughes eine Botschaft Lloyd
Georges, in der dieser seiner tiefsten Enttäuschung dar-
über Ausdruck gibt, daß er wegen des außerordentlich heißen Standes
der irischen Verhandlungen nicht rechtzeitig zu Beginn auf der
Washingtoner Konferenz anwesend sein könne.

Ein Uebergriff der Saarregierung.

Saarbrücken, 10. November. (W.T.B.) Laut Verfügung des
Präsidenten der Regierungskommission für das Saargebiet ist der
verantwortliche Schriftsteller der sozialdemokratischen Saarbrücker
„Volksstimme“, Ernst Braun, aus dem Saargebiet ausge-
wiesen worden, schon er Saarbrücker im Sinne der Re-
gierungsverordnung ist und demgemäß nicht ausgewiesen werden
könnte. Die Ausweisung dürfte auf die Haltung der Volksstimme
in der Angelegenheit des erweiterten Frankensausfuhr zurückzuführen
sein. Braun hatte sich wiederholt in schärfster Weise gegen die Maß-
nahmen der Regierungskommission ausgesprochen. Der Streit geht
weiter, da die Regierungskommission bisher nur den Beamten
Frankenbefugung zugesagt hat, nicht aber den Angestellten und
Arbeitern.

Parlamentsvertagung in England.

London, 10. November. (W.T.B.) Das englische Parla-
ment, dessen Session heute beendet ist, wird, falls keine unvorher-
gesehenen Ereignisse eintreten, erst am 30. Januar 1922 wieder
zusammentreten.

Die Börse und die Kredithilfe.

In Berliner Finanzkreisen gibt man sich über die Aus-
sichten einer Annahme der Kreditbedingungen der Industrie
durch die Regierung keinen Täuschungen hin. Man
rechnet entweder mit langen Verhandlungen oder mit einem
völligen Scheitern des Kreditplanes. Dementprechend
setzte sich an der heutigen Börse die Hausse der ausländischen
Zahlungsmittel fort. Dollarnoten wurden wieder mit 290
bis 295 gehandelt.

Die Reparationskosten sind schon mehr als bezahlt...

... durch die Verluste der Marktspekulanten im Auslande.

Am „Manchester Guardian“ vom 9. November veröffentlicht
der berühmte Cambridge-Universitätsprofessor und
Volkswirtschaftler John Maynard Keynes einen Artikel
über die Katastrophe der Mark. Am Tage, an dem er ihn
schrieb, wurde das englische Pfund (Friedensparität = 20 M.)
mit 120 gehandelt. Die leichte Erholung unserer Währung,
die inzwischen eingetreten war, aber leider nur vorübergehenden
Charakter zu tragen scheint, vermag nicht die Bedeu-
tung jener Feststellungen zu entkräften, durch die er die ganze
Sinnlosigkeit der Reparationspolitik der
Entente aufweist. Keynes erinnert daran, daß er schon vor
Jahresfrist diesen Zusammenbruch der deutschen Währung als
die unvermeidliche Folge der Reparationszahlungen an die
Alliierten vorausgesehen hatte und schreibt sodann:

Bereits vor mehreren Monaten wurde die Summe deutschen
Papiergeldes und deutscher Bankguthaben, die für mehr oder minder
spekulative Zwecke außerhalb Deutschlands zurückgehalten wurden,
auf mehr als 50 Milliarden Papiermark geschätzt. Zu dem damaligen Kurs von 250 M. für das Pfund machten
diese Werte die ungeheure Summe von 200 Millionen Pfund aus.
Jetzt machen sie nur ein wenig mehr als 40 Millionen Pfund
aus. (Das bedeutet also einen Verlust von 160 Millionen
Pfund. Red. d. „B.“) Wenn diese außerhalb Deutschlands
liegenden Werte zu einem Kurs von 200 (und ein nicht geringer
Teil davon ist sogar zu einem niedrigeren Kurs als 200 ge-
kauft worden) gehandelt werden, dann haben die Spekulanten nach
dem jetzigen Kurs insgesamt ungefähr 200 Millionen Pfund verloren.
Danach haben bisher die fremden Spekulanten nicht
allein die gesamte bisher fällige Reparations-
schuld bezahlt, sondern sogar bedeutend mehr.

Tatsächlich hat man sich in allen Ententeländern der-
maßen mit der deutschen Mark verpekuliert, daß die Repara-
tionen bisher in weiten Kreisen Frankreichs, Englands,
Amerikas usw. eigentlich nur Unheil angeht haben. Und
so rechtfertigt sich die Ueberschrift, mit der der „Manchester
Guardian“ diesen Keyneschen Artikel verieht: „Wie die Spe-
kulanten mehr als die deutsche Entschädigung bezahlten.“

Zur Amsterdamer Abrüstungskonferenz.

Die pazifistischen Organisationen Deutschlands begrüßen die
Amsterdamer Abrüstungskonferenz der Gewerkschafts-Internationale
(15. November) mit folgender Resolution:

Die pazifistischen Organisationen Deutschlands
begrüßen mit großer Genugtuung die Absicht der Gewerkschafts-
Internationale in einer großen Konferenz mit den internationalen
Transport-, Berg- und Metallarbeiterverbänden die Abrüstung zu
beraten. Sie fordern die Konferenz auf, neben der Vorbereitung
der eigenen Aktionen die Arbeiterschaft in der öffentlichen Meinung
ihrer Länder und besonders bei ihren Regierungen sich für die
Durchführung der Beschlüsse der zweiten Völkerverbundtagung ein-
zusetzen. Sie weisen darauf hin, daß nach der Abrüstung Deutsch-
lands die Berufung einer deutschen Persönlichkeit des
politischen, gewerkschaftlichen oder Wirtschaftsebens in die Ab-
rüstungskommission geeignet ist, die Arbeit dieses Aus-
schusses zu fördern, der die Abrüstungspläne auszuarbeiten hat. Zu-
gleich sollte die Konferenz für die Umwandlung der alliierten Mil-
itärkommissionen in den besiegten Ländern in Ausschüssen
des Völkerverbundes tätig sein und für die Ausdehnung des dem
Völkerverbund gegenüber diesen Völkern zustehenden Rechtes zu Unter-
suchungen militärischer Art auf alle Völkerverbundmitglieder. Die
deutschen Friedensverbände erinnern zugleich daran, daß das wich-
tigste Argument der Gegner einer europäischen Land-
abrüstung das Fehlen Deutschlands und Russlands im Völkerver-
bund ist und ersuchen daher die Konferenz, überall auf die Arbeit-
erschaft im Sinne der Universalität des Völkerverbundes einzuwirken.

Ründigung des französisch-spanischen Zollvertrags! Wie der
„Temps“ in einem Leitartikel mitteilt, hat die französische
Regierung den aus dem Jahre 1918 stammenden Modus
vivendi der französisch-spanischen Zollregelung, der
sich bisher von drei zu drei Monaten stillschweigend erneuert, ge-
kündigt.

Die Finanznot der Gemeinden.

Von Bürgermeister Dr. Caspari, Brandenburg a. d. H.

Die außerordentliche Tagung des Deutschen Städtetages,
die heute im Reichstagsgebäude zu Berlin stattfindet, lenkt
die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Finanznot der Ge-
meinden. Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Tagung hat die
Frage der Beschaffung der Deckung für die durch die neuer-
lichen Erhöhungen der Besoldungen und Löhne für Beamte,
Angestellte und Arbeiter in den Gemeinden gegebenen. Daß
diese Erhöhung notwendig ist, verdient keine besondere Heroi-
sierung. Unbedingt erforderlich ist aber, daß sich die Defizit-
situation, daß sich die Parlamente und Regierungen im Reich
und in den Ländern ernstlich mit der Frage beschäftigen, welche
Wege zu beschreiten sind, um den völligen Zusammenbruch
der deutschen Gemeinden zu verhüten.

Weiten Kreisen der Bevölkerung ist noch nicht zum Be-
wusstsein gekommen, daß die finanzielle Existenz der Gemein-
den aufs Schwerste erschüttert ist. Immer neue For-
derungen werden an die Gemeinden gestellt, und auch die
Parlamente haben nicht immer mit der gebotenen Rücksicht-
nahme auf die Lebensinteressen der deutschen Gemeinden ge-
arbeitet. Wenn man den Gemeinden neue Aufgaben, die mit
kolossalen Opfern verbunden sind, zuweist, so folgt daraus
auch die Verpflichtung, für die notwendige Deckung Vor-
sorge zu treffen.

Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Gemeinden
unter dem Einfluß des Krieges und der Nachkriegszeit ganz
andere Aufgaben zu erfüllen haben wie bisher. Es seien hier
nur erwähnt die immer stärker werdenden sozialen Kosten der
Gemeinden, die Kosten der Unterhaltung der öffentlichen An-
stalten, die Unterhaltungskosten der Wege, die Aufwendungen
zur Behebung der Wohnungsnot, die besonderen Kosten in der
Fürsorge für die Erwerbslosen, Kriegshinterbliebenen und
Kriegsbeschädigten usw. Gerade das Gebiet der sozialen
Fürsorge, die sich in der Errichtung von Wohlfahrts-, Arbeits-
und Gesundheitsämtern zum Teil in ganz hervorragender
Weise vergegenständlicht, duldet heute weniger als bisher gerin-
gere Aufwendungen. Sind doch diese Kosten zum erheblichen
Teil produktiver Natur! Tritt aber in der Steuererhebung
nicht bald eine wesentliche Besserung zugunsten der Gemeinden
ein, so werden die Gemeinden erzwungen werden, lebens-
wichtige Gebiete ihrer bisherigen Betätigung aufzugeben und
die Inangriffnahme neuer zu unterlassen. Daß dies nicht
ohne schwerste Erschütterungen abgehen kann, liegt auf der
Hand. Es müssen also Mittel und Wege gefunden werden, um
den Gemeinden zu helfen.

Diese Hilfe kann sich in zwei Richtungen bewegen.
Einmal in der notwendigen Rücksichtnahme des Reiches in
seiner Steuererhebung auf die Lebensinteressen der Ge-
meinden und zweitens in einer Verminderung der staatlichen
Bevermündung gegenüber den Gemeinden in ihrer Steuer-
erhebung. Die deutschen Städte kennen sehr wohl die
Finanznot des Reiches und der Länder. Es ist nicht so, wie
fälschlich im „Preussischen Verwaltungsblatt“ seitens des Herrn
Ministerialdirektors Dr. Martull ausgesprochen wurde, als ob
die Gemeinden beanspruchten, „sich eines ungeführten Wohl-
behagens zu erfreuen“. Aber niemand, der auch nur einiger-
maßen Einblick in die Finanzen der Gemeinden hat, kann sich
der Erkenntnis verschließen, daß, wenn nicht bald geholfen
wird, der Zusammenbruch der deutschen Gemeinden erfolgt.
Die notwendige Steigerung der Einnahmen
der Gemeinden ist nur durch Steuern möglich.
Die Beteiligung der Gemeinden an dem Ertrage der Ein-
kommen- und Körperschaftsteuer reicht nicht aus. Die den
Gemeinden zugebilligte Garantie, wonach jeder Gemeinde die
für das Jahr 1919 aus der Einkommensteuer bezogene Ein-
nahme zuzüglich einer Steigerung von 35 v. H. gewährleistet
wird, steht in keiner Weise im Einklang mit der dauernden
Wertminderung und der gewaltigen Erhöhung der Einkom-
men. Man wird auch nicht allein auf dem Wege der Er-
höhung des Anteils der Länder und Gemeinden weiter kom-
men. Die Gewährung eines Zuschlagsrechts
bei der Einkommen- und Körperschafts-
steuer ist unerlässlich.

Das Landessteuergesetz hatte den Gemeinden offen ge-
lassen, eine Steuer von dem reichs- und landessteuerfreien Ein-
kommen, dem sogenannten Mindesteinkommen, zu erheben. So
unsozial diese Bestimmung auch war, so haben sich doch die
meisten Gemeinden in der Notlage, auch von dieser Steuer-
quelle Gebrauch zu machen. Die Novelle vom 24. März 1920
hat damit ausgeräumt; diese Einnahme ist den Gemeinden
genommen und zwar mit rückwirkender Kraft für das ganze
Haushaltsjahr 1920, dessen Etat sich wesentlich mit auf diese
Steuer stütze. So selbstverständlich es ist, die keinen Einkom-
men von einer Sonderbesteuerung durch die Gemeinden frei
zu lassen, so gerecht erscheint es doch auf der anderen Seite,
den Gemeinden ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer von
einer bestimmten Einkommenshöhe an, z. B. 50 000 M., zu
geben. Das würde nach meinem Erachten schon eine wesent-
liche Hilfe für die Gemeinden bedeuten.

Es können an dieser Stelle auch nicht entfernt alle Vorschläge, wie den Gemeindefinanzen geholfen werden kann, gemacht werden. Es sei nur noch auf einiges hingewiesen.

Kürzlich ging durch die Presse die Mitteilung, das Reich trage sich mit der Absicht einer Schaffung einer Reichsgewerbesteuer. Die Gewerbesteuer ist heute bereits in vielen Gemeinden die einzige Steuer, die wirkliche Erträge abwirft, ohne daß diese Erträge ausreichen, den Haushalt zu balancieren. Die Gewerbesteuer muß ausschließlich den Gemeinden verbleiben. Der Deutsche Städtetag wie auch Bezirksstadttage haben ja in letzter Zeit den maßgebenden Stellen die Wünsche der Gemeinden übermittelt. U. a. wird gefordert die Zulassung gemeindlicher Fahrzeugsteuern und einer Besteuerung von Gas und Elektrizität, um nur einiges hervorzuheben.

Die Gemeinden haben aber auch ein wesentliches Interesse daran, daß die Erhebung der Reichsteuern durch die Finanzämter in ganz anderem Maße vor sich gehe wie bisher. Die Darlegung des Deutschen Städtetages, daß die Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern durch die Finanzämter auf das stärkste im Rückstand ist, so daß den Gemeinden Millionen in ihren Kassen fehlen, die sie sich anderweit beschaffen und somit gewaltige Zinslasten aufbringen müssen, weil der Steuerapparat des Reiches nicht ordnungsmäßig funktioniert, ist leider nur zu wahr.

Man hat in letzter Zeit seitens der preussischen Instanzen die Gemeinden auf die Erhebung indirekter Steuern in weitemerem Umfang verwiesen. Alle gemeindlichen Steuern, sie mögen heißen wie sie wollen, dürfen aber nicht erhoben werden, wenn sie die Steuereinnahmen des Reiches zu schädigen geeignet sind. Der Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 23. Juli 1921 glaubt der veränderten Sachlage genügend Rechnung zu tragen, indem er eine Anzahl älterer Erlasse aufhebt, die sich gegen die Besteuerung von Kavalieren, Fahrädern, Wagen, Pferden, Automaten, Automobilen, Schußwaffen, Enten, Gänsen und Raben richteten. Glaubt wirklich irgend jemand, daß durch Einführung dieser Steuern die Finanznot der Gemeinden fühlbar gemildert werden kann? Dazu kommt noch ein weiteres. In zunehmendem Maße werden von den preussischen Zentralinstanzen sogenannte „Mustersteuerordnungen“ erlassen. Hierbei wird keine Rücksicht auf die Verschiedenheiten der einzelnen Städte genommen. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Mustersteuerordnung für die Besteuerung der Filialbetriebe. Diese Ordnung ist geeignet, in vielen Gemeinden die Einnahmen der Gemeinden nicht zu erhöhen, sondern die bestehenden noch zu schmälern. Dasselbe gilt von der Ankündigungsteuer, die auch in Form einer Mustersteuerordnung den Gemeinden zugegangen ist. Auch hier grüner Tisch! Es dürfte wohl noch zu erörtern bleiben, ob und inwieweit die Verteilungen der Städte vor Erlaß dieser Mustersteuerordnungen gehört worden sind. Die hier beschriebenen Wege führen zur Aushöhlung der Selbstverwaltung. Sie müssen notwendig eine Lähmung der Initiative der Gemeinden herbeiführen, die heute mehr als je vermieden werden muß.

Sowohl die Steuergesetzgebung des Reiches wie die preussische Praxis sind nicht dazu angetan, das Verantwortlichkeitsgefühl der Gemeinden zu stärken. Sie dienen auch nicht zur Behebung der Freude an der Arbeit in der Selbstverwaltung. Die außerordentliche Tagung des Deutschen Städtetages, die aus besonderem Anlaß stattfindet, dürfte der Ort sein, den Regierungen und den Parlamenten ein letztes „Halt!“ auf dem eingeschlagenen Weg zuzurufen.

Am Freitag trat im Reichstage die außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages und des Reichsstädtebundes zusammen. Es sind über 400 Städtevertreter anwesend. Der Versammlung wurde folgende Entschließung vorgelegt:

„Die deutschen Städte sind völlig außerstande, mit ihren gegenwärtigen finanziellen Möglichkeiten die Mehrkosten aufzubringen, die ihnen durch die Erhöhung der Beamten- und Angestelltenbesoldung und der Arbeiterlöhne auferlegt werden. Es fehlen ihnen sogar die Vermittel für die ersten, unaufschiebbaren Auszahlungen.

Zur Ermöglichung der erforderlichen Zahlungen fordern die Städte die sofortige allgemeine und laufende Ueberweisung von Vor-

schüssen zur Deckung der Mehraufwendungen unter Ablehnung jeder Abstufung nach der Bedürftigkeit.

Vor allem erwarten die deutschen Städte von der Reichsregierung, dem Reichsrat und dem Reichstag die vorbehaltlose Bewilligung der endgültigen Deckung für die neuen Ausgaben. Damit verbinden sie im Interesse der Erhaltung und Stärkung ihrer Selbstverwaltung das Verlangen, das nun endlich ihnen die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Erfüllung ihrer dringenden Aufgaben geschaffen werden. Sie erblicken die einzig mögliche Lösung darin, daß ihnen ihre noch vorhandenen Einkünfte völlig gesichert und durch planvolle Aufteilung aller öffentlichen Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ergänzt werden.“

Die Resolution wurde nach einer Debatte einstimmig angenommen; abgelehnt wurde der zweite Teil der Resolution (Schöblich a. M. (U.S.P.)), die eine Kritik an der Besoldungsordnung selbst enthält.

Böb über die Städtenot.

Der Oberbürgermeister von Berlin Böb eröffnete die Tagung mit einer klar formulierten und in scharfem Ton vorgetragenen Rede. Das erstmal sind der Deutsche Städtetag und der Reichsstädtebund zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigt. Sie vertreten 27 Millionen Städtebürger in 1400 Städten. Die Rot hat die Städte hierher geführt. Wir brauchen eine einheitliche und starke Rundgebung. Einzelne Bedenken müssen zurückgestellt werden. Die städtischen Haushalte weisen nur das 7-8fache der Friedenssummen auf. Das ist ein Beweis nicht nur unserer Sparsamkeit, sondern auch unserer Bedrängnis, die uns an der Erfüllung der wichtigsten Wohlfahrtsaufgaben hindert. Stehen doch in zahlreichen deutschen Städten schon die Straßenbahnen still; den Ärmsten der Armen, den Witwen, den Waisen, den Müttern, den Kindern können wir die dringenden Forderungen nicht bewilligen. Das ist nicht länger zu verantworten. Die Gemeinden sind das Fundament, auf dem die Länder und das Reich ruhen. Wenn das Reich und die Länder zusammenbrechen, werden wir die

Grundlagen für den Wiederaufbau

sein. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen keine leeren Demonstrationen (lebhafte Bravo!), sondern wollen endlich aussprechen, daß es so nicht mehr weiter geht. (Lebhafte Beifall.) Wir wollen keine Anlagen erheben. Wir wissen, wie schwer es auch Reich und Länder haben. Die Reichsregierung hat kürzlich Erklärungen abgegeben, die sich so anhörten, als wollten uns die Regierungen in unserem Sinne helfen. Besten hat nun die Reichsregierung dem Reichstage eine Erklärung abgegeben. Der Redner verliest diese Erklärung, die an ihren wichtigsten Stellen von höchstem Gelächter der Versammlung begleitet wird. Oberbürgermeister Böb fährt fort: Diese Erklärung ist eine schwere Enttäuschung für die Städte. (Stürmische Zustimmung.) Die Reichsregierung hat die Lage der Verhältnisse in den Städten überhaupt nicht berücksichtigt. Mit dieser Erklärung wird uns keine Hilfe geleistet. Die Kontrolle der städtischen Finanzen durch das Reich, wie sie nach der Regierungserklärung geplant ist, wird unmöglich sein. Dieser Weg bedeutet aber auch den Tod der Selbstverwaltung. (Stürmische Zustimmung.) Wir legen entschieden Verwahrung dagegen ein, daß das große Werk von Stein und Hardenberg vor hundert Jahren jetzt in der Not des Reiches zugrunde gerichtet wird. Eine saubere Verteilung der Einnahmequellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist notwendig. Es muß bald ganze Arbeit geleistet werden. Wir müssen auch bald erfahren, in welchem Umfang uns die Beteiligung an den Reichseinnahmen zugesichert wird, und müssen wissen, ob die örtlichen Einnahmequellen, die sich besonders für die Gemeinden eignen, diesen erhalten bleiben. Die Realsteuern müssen die Gemeinden behalten. An dem Beispiel der Reichswertzuwachssteuer, die dann ebenfalls den Gemeinden wieder überlassen worden sei, nachdem das Reich mit ihr Fiasco gemacht hätte, glaubt der Redner nachweisen zu können, daß das Reich mit den Realsteuern nichts habe anfangen können. Das gleiche gelte für die Luftverkehrssteuer und ähnliche Steuern. Oberbürgermeister Böb schließt unter stürmischen Beifall der Versammlung mit dem Appell an die Reichsregierung und den Reichstag, die warnenden Stimmen der Städte nicht zu überhören.

In der Aussprache spricht als erster Redner Oberbürgermeister Bellian als Vorsitzender des Reichsstädtebundes.

Protest der Reichs- und Staatsbeamten.

Eine von Tausenden besuchte Versammlung der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, die in die Besoldungsklassen I bis 7 eingruppiert sind, tagte am Donnerstagabend im großen Saal der „Neuen Welt“, um Protest gegen die neue Besoldungsordnung zu erheben. Der Vorsitzende Bente begrüßte die anwesenden Abgeordneten Müller, Gerling, Pries und Seppel von der Sozialdemokratischen sowie die Abgg. Plättner und Hoffmann von der Kommunistischen Partei und erteilte dann dem Referenten Geheimrat Falkenberg vom Deutschen Beamtenbund das Wort.

Der Redner wies in seinen sehr eingehenden Ausführungen darauf hin, daß sich die Hoffnung der Beamenschaft durch die neue Besoldungsordnung leider nicht erfüllt habe. Die alte Theorie, viele Gruppen und große Abstände zwischen den Gehaltsstufen zu schaffen, habe wieder die Oberhand gewonnen. In der alten obrigkeitlichen Zeit sind die untersten Gruppen so niedrig besoldet worden, daß wir heute nach den Sünden aus dieser Zeit franken. Wir wollen den höhergestellten Gruppen ihre Position gönnen, aber die Daseinsmöglichkeiten müssen den unteren wenigstens gesichert werden. In der neuen Besoldungsordnung schneiden aber die unteren Gruppen so schlecht ab, daß ihnen diese Möglichkeit genommen wird, und in dem gleichen prozentualen Teuerungszuschlag erblicken die unteren wie auch die mittleren Gruppen

eine große Ungerechtheit.

Es gibt freilich auch Verteidiger der großen Spannung in der Besoldung zwischen den unteren und hohen bis höchsten Gruppen. Sie behaupten, daß eine Massenflucht der höheren Beamten in die Privatindustrie stattfinden würde, wenn diese Spannung nicht gewahrt bleibe. (Heiterkeit.) Ich glaube daraus nicht, denn sie müßten sich ganz anders rühren. Es ist auch nicht angängig, nur eine kleine Gruppe am Leben erhalten zu wollen, und dabei den Standpunkt anzunehmen: die anderen gehen uns nichts an. Dann wären wir am Ende und es bliebe schließlich nur noch die Gegenwehr. Abbau des alten Standesbegriffes ist dringend nötig. Es ist allerdings nicht so einfach, mit diesen Ansichten in Beamtenkreisen aus der Reihe zu tanzen, darin habe ich Erfahrungen gemacht. Der Kernbegriff des Gewerkschaftlichen stellt uns, der Weg, den die Arbeiterschaft schon seit Jahrzehnten geht.

(Lebhafte Beifall.) Wo die Front steht, hat es keinen Zweck, mit einem Ultimatum zu kommen und zu sagen: um 8 Uhr geht keiner in die Betriebe. Es ist nicht leicht, sich an die Spitze der Beamtenbewegung zu stellen. Wer das anders glaubt, ist auf dem Irrwege. Der Vorschlag des Deutschen Beamtenbundes geht dahin, daß, wo die 2500 R. nicht erreicht sind, das Gehalt bis dahin aufzufüllen. (Zurufe: Mehr fordern!) Man soll die Steuergesetze so machen, daß der Hebel da angelegt werden kann, wo etwas zu holen ist. (Stürmische Zustimmung.) Dann werden auch die Mittel nicht fehlen. So kann es nicht weiter gehen, daß auf der einen Seite der Reichtum immer mehr steigt, auf der anderen die Armut immer größer wird. Die Watsa wird kaum anders als auf internationaler Grundlage geregelt werden können, wie denn überhaupt alles geschehen muß, um die Völker einander innerlich näher zu bringen. Heute ist es unsere Aufgabe, durch eine Entschärfung von innerer Wucht gegen die Besoldungsordnung Protest zu erheben. (Stürmischer Beifall.)

In der folgenden sehr langwierigen Aussprache beteiligten sich auch die Abgg. Plättner (Rom.) und Seppel (Soz.), Genosse Seppel erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion die Neuordnung der Beamtenbezüge nicht als abgeschlossen betrachten und sich insbesondere

mit dem prozentualen Teuerungszuschlag nicht einverstanden erklären könne. Sie ersuche die Reichsregierung, in neue Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen einzutreten, um auch die billigen Wünsche der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen zu befriedigen.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 10. November 1921 in der „Neuen Welt“ in der Hofenheide versammelten nach vielen Tausenden zählenden Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten der Besoldungsgruppen I—VII erhoben den allerschärfsten Protest gegen ihre Zurücksetzung bei der neuesten Besoldungsregelung seitens der Regierung.

Sie fordern von Regierung und Volksvertretung, daß die unsoziale und ungerechte Neuordnung beseitigt und die geringstbesoldeten Beamten auf eine sozial-gerechte und den heutigen Verhältnissen entsprechende Einkommenshöhe gebracht werden. Der Deutsche Beamtenbund sowie die in diesem ungerichteten Abkommen beteiligten Gewerkschaften werden beauftragt mit allen, aber auch allen gewerkschaftlichen Mitteln diese Forderung durchzusetzen.“

Stil und Manier.

Was keinem Worte wird heute solch Unfug getrieben wie mit dem Worte Stil. In der Malerei, in der Musik, in der Literatur, und nun auch schon in der Mode und in Tagesfragen wird mit diesem Begriff operiert, als ob er eine Reklamemarke wäre, mit der man seine Meinung über irgend etwas oder irgend etwem endgültig aufsetzt. War dieser Begriff bis vor noch gar nicht langer Zeit dazu vorbehalten, ganze Epochen und Zeitabschnitte zusammenzufassen oder auch eine Persönlichkeit, die am Ende ihres Wertes stand, in ihrem Wesen zu kennzeichnen, so wird er heute auf jeden Jüngling, der ein Gedichtbändchen veröffentlicht oder ein halbes Dutzend Bilder gemalt hat, angewandt. Es ist die Tragödie der Sprache, die sich, wie an jedem Begriffe und Wort, so auch an diesem Wort vollziehen will: es braucht sich ab, geht den Weg vom Edelworte zur Alltagsmünze, von der Feierlichkeit der historischen und metaprophischen Wertung zur Banalität des Tagesgebrauchs.

Es ist an der Zeit, diesem Begriffe die alte Würde zurückzugeben und ihn da zurückzuweisen, wo er unwürdig verwandt wird. Wir sind nämlich bereits so weit, daß er zum Gegenteil von dem geworden ist, was er ursprünglich bedeutete. Als der große Nordländer Ruch bei Cassirer im Frühjahr einen großen Teil seines Gesamtwerkes zeigte, konnte man hören, dieser Maler habe keinen Stil, oder auch: sein Werk hätte mehrere Stile. Hier liegt ein Grundirrtum vor. Diese Art von Kritik verwechselt den Begriff Stil mit dem Begriff Manier oder gar dem Begriff Schablone. Im Begriffe Stil ist immer die lebendige Entwicklung eines Künstlers einbezogen. Nichts ist leichter, als den „Stil“ eines armen Künstlers oder eines Unkünstlers festzustellen. Er hat nämlich nur eine Manier, eine Schablone, nach der er alles malt. Sein „Stil“ ist eine technische Geisbrücke, zu der Welt zu kommen. Diese Vergewaltigung der erlebten Welt, sei sie nun malerisch oder musikalisch oder literarisch, hat mit dem wahren Stil nichts zu tun. Man kann fast ein Naturgesetz aufstellen, daß Künstler, die mit fünfundsiebenzig oder dreißig Jahren einen „Stil“ haben, zu jenen Menschen gehören, die keine Lebendigkeit und keine Entwicklungsmöglichkeiten in sich tragen. Ihre Werke zu erkennen und als Einheit zu erfassen, ist kinderleicht: eines ähnelt dem anderen, wie ein Ei dem anderen gleicht; sie sind nach einem Schema hergestellt, dessen Eigenart sich selbst der Pale leicht einprägen kann.

Da, wo die Absicht der „Stilisierung“ vorliegt, wird nie wirklicher Stil entstehen. Stil und Stilisierung sind letzten Endes Gegensätze. Stil ist immer das Produkt oder das Endergebnis eines menschlich-künstlerischen Wachstumsvorganges. Man muß die alte Definition, daß der Stil der Mensch sei, in ihrer ganzen Schwere wieder zum Bewußtsein bringen. Mozart hat keinen Stil, er ist ein Stil. Gerade das, was den Absichten einer Persönlichkeit nicht gehorcht, was sich über diese Absichten hinaus aus dem Quell seines

Unbewußten in seinen Werken niederschlägt, wird das, was wir Stil nennen dürfen, wenn wir diesen Begriff wirklich wieder in seiner ganzen Schwere und Größe anwenden wollen. Denn Stil ist eine Frage des Wertens und nicht eine Frage des Machens. Man kann keinen Stil erfinden, ein Stil kann nur wachsen. Um die Lebendigkeit und den Rhythmus einer Epoche oder einer großen Persönlichkeit zu umreißen, müssen wir dieses Wort uns wahren. D. E. H.

Die Erhaltung des deutschen Handwerks. Zur Einleitung einer Aktion, die Verständnis für den Wert des handwerklichen Könnens und seine Erhaltung in Deutschland wecken soll, sprach der Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob im Verein für deutsches Kunstgewerbe.

Das Handwerk, führte er aus, beruht auf Tradition und ist damit das größte Problem der Erziehung, das wir überhaupt haben. Die Industrie wird lernen müssen, daß jede Entwicklung unmöglich ist, wenn das vererbte Können der Hand ausstirbt. Nur durch gesunde Arbeit des Handwerks kommen wir von dem kunstgewerblichen papiernen Entwurfsstil los. Noch heute schnitten die Leute im Erzgebirge abends in ihrer alten Weise ohne jeden Auftrag. Die Glasbläser im Thüringer Wald haben die Tiere um sich, die die Lauschaer Glasbläser bilden. So hat jede unserer Landschaften ihr bestimmtes Können. Der ganze Organismus unseres deutschen Landes im Ineinandergreifen der landschaftlichen Gegensätze stellt ein ganzes kleines Europa für sich dar. Und die heimelste Eigenart Deutschlands ist untrennbar mit dem Handwerk verbunden.

Die Schwierigkeit für das Handwerk liegt heute darin, daß nicht gebaut wird. Wir könnten uns wieder gesund bauen. Man nimmt uns alles, aber das Einzige, was nur wir selbst uns nehmen können, ist das Können. Wie es jetzt steht, ist die Arbeit zu sehr in der Hand der Fünfzig- und Sechzigjährigen. Die Erhaltung des Könnens bei der Jugend, um das nationale Vermögen zu bewahren, ist die wichtigste Frage. Zwar können mit wenig Millionen Milliarden von Werken tot gemacht werden, mit wenig Millionen lassen sich aber auch diese Werte erhalten. Oft genügt ein einziger Auftrag an den richtigen Menschen, um hier rettend einzugreifen. Wenn man heute noch tauschieren kann oder in Schlesien den alten Glasbläser versteht, dann ist schon sehr geholfen, wenn man nur einen tatsächlichen Auftrag im richtigen Augenblick vergibt. „Wie kann ich Hände sparen?“ ist heute ein läßliches Reclamewort. So kommen Knochenschnitten auf Porzellan, während man Porzellanmaler sparen will. Dann macht zwar eine Generation von Wucherern gute Geschäfte, aber wenn diese Ware ausgelesen ist, macht sie für alle Zeit Propaganda gegen Deutschland. Eine starke Bewegung, die das Verantwortlichkeitsgefühl wieder weckt, muß hier helfen.

Der lebhafteste Beifall und die anschließenden Bemerkungen z. B. des Vertreters der Berliner Kunstszene lehrten, für wie wichtig diese Propaganda für die Erhaltung unseres Erbbesitzes an handwerklichem Können heute angesehen wird.

Berliner Künstler protestieren gegen die Brunerei. Die Berliner Sezession hat an den preussischen Justizminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: „Beunruhigt durch den im Gurliit-Prozess am 27. Oktober gefällten Urteilspruch hat sich der Vorstand der Berliner Sezession in keiner Sitzung vom 1. November mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Künstler schalt muß wissen, ob ihre Werke tatsächlich einer polizeilichen Kontrolle unterstehen, und ob Polizei und Gerichte dabei ebenso achlos als dem Ansehen großer Künstlernamen vorübergehen dürfen, wie am Urteil von Sachverständigen, die im Kulturleben eine anerkannte Stellung einnehmen. Sie muß wissen, ob die Schöffengerichte, die unter dem Vorwand verächtlichen Schamgefühls überragende Meisterschaft befeuern, dem Staate wertvoller ist, als der ehrlöse Versuch einer künstlerisch veredelten Auslennderforschung mit einschließenden Problemen der Menschheit. Wir erheben die Forderung, keine das geistige und künstlerische Leben unseres Vaterlandes berührende Angelegenheit unter Ausschaltung künstlerischer Sachkenner zu behandeln.“

„Rigoletto“-Gastspiele. Zwei auf einmal fanden gestern im Deutschen Opernhaus statt: für die Caruso- und für die Battistini-Rolle. Die Aufführung gewann durch Smirnow und Bura nicht sehr viel an Ausdruck, Glanz, Profil. Der russische Tenor ist ein eleganter Kämpfer, ein tänzelnder Frauenjäger, ein salopper Don Juan, seine Stimme, nicht mehr ganz frisch, und von membranhaftem Schneid, überbietet sich an Koloraturen, Ausschmückungen, Registerumschüben, die Hermeten werden verlicht und primadonnenhaft herausgeputzt. Er spricht Italienisch und spricht es gut, und auch sein Kopf- und Handspiel verrät flüchtige Routine. Bura aus Dresden ist kein schlechter Rigoletto, doch hält er keinen Vergleich mit Caruso aus, weil das Spiel ohne Geheimnis, ohne momentane Erlebniskraft ist, weil Mimik und Bewegung allein vom Studium und vom Intellekt diktiert scheinen. Sein hohes, erschütterndes Droan sichert ihm bei vornehmer Vermerlung seinen Erfolg, an dem sich Editha Kleischer stark beteiligten darf, ohne heute schon zu den illustren Gästen zu gehören. R. E.

Ein Nobelpreis für Walter Kernst. Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat die Akademie der Wissenschaften dem Professor Walter Kernst in Berlin den Nobelpreis von 1920 für Chemie verliehen. Der Preis für 1921 wird für das nächste Jahr zurückgestellt.

Arbeiter-Kunst-Ausstellung. Peterburger Straße 39. Sonnabend, den 12. abends 7 1/2 Uhr, Best Hans Weismann eigene Bildnisse. — Sonntag, den 13., vormittags 11 Uhr, Vortrag des Arbeiter-Kalenders Kurt Neumann über: „Epreffionismus und Dadaismus.“

„Wie ein Buch entsteht.“ Im Anschluß an die Ausstellung „Buch und Bild“ wird am Sonnabend und der Film „Wie ein Buch entsteht“ im Vortragssaal der Unterlichtanstalt des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrecht-Straße 8, täglich um 4 1/2 Uhr nachmittags (auch Sonntags zu derselben Stunde), nur an den Donnerstagen mittags um 1 Uhr, vorgeführt. Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags, von 10-6 Uhr geöffnet.

Der Anschlag auf die Eisenbahnen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie ist nun endlich aus seiner Reserve herausgetreten und hat die Pressevertreter zu sich eingeladen, um seine Kreditpläne im einzelnen zu begründen. Unbegreiflich ist, wie man überhaupt noch von einem Kreditplan sprechen kann. Man will die Eisenbahn, will die vielen angeblich überflüssigen Arbeiter aus ihr herausbringen, und will schließlich aus ihr Goldworte machen. Diese Goldworte sollen dann den Personal- und Warenkredit ermöglichen, der auf lange Sicht die Schuld der ersten Reparationszahlungen deckt. Mit anderen Worten: Man will die Eisenbahnen billig kaufen, die Tarife erhöhen, rücksichtslos alle Grundstücke der Privatwirtschaft anwenden und so eine private Verbrauchssteuer durch den Verkehr auf die Allgemeinheit legen, die dann die ersten Reparationsraten deckt.

Warum ist das Reich nicht selbst schon auf diesen Gedanken gekommen? Seit Herr Sinnes die Wassertrahnen unter sich hat, und seit die Eisenbahnen ihre soziale Tarifpolitik treiben, haben die Wassertrahnen Tarife, früher die billigsten Verkehrspreise der Welt, sich sogar über die Eisenbahntarife erhoben. Wenn aber die Eisenbahn ihre Tarife erhöhte, protestierte der Reichsverband. Statt dessen kann der Reichszentraler heute zu ihr um Kredit bitten gehen, weil, wie Herr Dr. Bücher treffend sagte, die Industrie der stärkste Wirtschaftskörper des Reiches sei.

Aber sie hat nicht genug mit ihrer Kraft, sie braucht auch die Reichseisenbahnen. Und darum will sie „opfern“. Die Eisenbahnen haben ja jetzt viele Jahre Friedenspolitik hinter sich, die längst nicht restlos erfolgreich war, die aber das wichtigste Verkehrsmittel immerhin schon aus dem Breitenbahnsumpf herausgewirtschaftet haben. Das Defizit, das heute besteht, geht zu einem großen Teil auf die Ueberzeugung der Materialisten zurück, zu einem noch größeren aber auf die einfache Tatsache, daß alle werdenden Anlagen nicht wie bei allen Privatbetrieben durch Kapitalbeschaffung gedeckt, sondern durch Betriebsausgaben bestritten werden. Von der Vertrauensfrage ist die jetzt durch die ganze deutsche Wirtschaft geht und die Produktion erheblich verbilligt, ohne daß man den Preis davon etwas anmerken würde, blieben die Verkehrsunternehmungen unberührt. Jetzt müssen die Eisenbahnen, um ihre Materialien zu erhalten, genau so betreiben gehen, wie der Reichszentraler um die Kredithilfe. Hier liegen die Gründe, und dann noch in der Betriebsorganisation, die allerdings noch viel zu wünschen übrig läßt. Privatwirtschaftliche Grundzüge lassen sich, das haben die Deutschen Werke bewiesen, auch in Reichsbetrieben anwenden. Das Verschachern allerdings ist der Industrie lieber, und darum beschönigt sie ihre Absicht und hängt ihr ein patriotisches Mäntelchen um. „Es erfordert Opfer, die Reichseisenbahnen zu kaufen und auszubauen“ — sagt man. Natürlich. Denn wenn man das nicht sagte, könnte ja das Reich auf die verrückte Idee kommen, einen anständigen Preis zu fordern. Und man braucht sie billig, deswegen deutet man noch nicht einmal an, wo die wahren Gründe des Eisenbahn-defizits liegen und beschränkt sich auf die Forderung ihrer Privatisierung.

Die Industrie will auch siedeln, um die Arbeitskräfte richtig zu verteilen. Das Reich aber will ebenfalls siedeln, nur ist es damit noch nicht weit gekommen. Und jetzt kommt die Privatindustrie und bringt diese Politik mit der Kredithilfe (alles mit der Privatisierung der Eisenbahnen!) in Verbindung. Wo ist das Gesetz über die Sozialisierung des Wohnungswesens, das die Antwort auf diesen Vorschlag darstellen soll?

Reichseisenbahnen seien in einem demokratischen Staate nicht möglich, weil die Anwendung privatwirtschaftlicher Grundzüge durch die Parteilichkeit verhindert wird. Das ist das einzige Wort, das man sich merken sollte. Innerhalb der Demokratie will das Kapital seinen Absolutismus errichten und auf die Eisenbahnen stützen. Das gilt es zu verhindern. Der Reichseisenbahnminister hat die Pflicht und sollte vor dem Parlament vor die Frage gestellt werden zu erklären, ob er selbst in der Lage ist, die privatwirtschaftlichen Grundzüge im Eisenbahnbetrieb dermaßen anzuwenden, daß ohne Schädigung der berechtigten Interessen der Allgemeinheit, freilich nicht ohne Opfer, der Betrieb sich selbst erhalten kann. Kann er es, so ist er der demokratische Reichsverkehrsminister, und es ist Pflicht aller Arbeitnehmerorganisationen und Parteien, ihn in diesem Bestreben zu unterstützen. Kann er es aber nicht, so werden wir nach dem neuen Mann suchen müssen, der die Herabwürdigung der Arbeit der Republik zu einem Dienst für das Privatkapital verhindert.

Der Höchstbetrag der Goldanleihe, die die Industrie nach diesen Zugeständnissen aufzunehmen bereit ist, wird auf etwa eine Milliarde Goldmark geschätzt. Auch diese können erst mobilisiert werden, wenn die Washingtoner Konferenz vorüber ist. Man rechnet, daß das drei bis sechs Monate dauern kann. Schon diese Tatsache wird die Frage auf, ob das Reich mit einer Erfassung der Sachwerte nicht rascher zu dem erstrebten Ziel kommen kann. Sie zeigt aber, daß die Industrie, selbst wenn sie die Eisenbahnen bekäme, in der Zeit der größten Not nicht zur Stelle ist.

Besprechung der Regierungserklärung.

Die Vertrauensfrage.

Die Aussprache des Landtages über die Programmklärung des neuen Kabinetts wird in der heutigen Sitzung fortgesetzt. — Es sollen zwei Rednerreden sprechen, für die zweite Reihe ist die Redezeit auf je eine halbe Stunde beschränkt.

Abg. Winkler (Dnat.): Wenn auch unsere Hoffnungen nicht voll in Erfüllung gingen, so haben wir Stegerwald als ehrlichen Mann und aufrechten Deutschen kennengelernt, mit dem wir in nationalen Dingen und in der christlichen Ueberzeugung übereinstimmen. (Sehr richtig! rechts.) Das Wichtigste an der Neubildung des Kabinetts ist, daß jetzt die Führung wieder an die Sozialdemokraten übergegangen ist, und das hindert uns, diesem Kabinetts die Vertrauensfrage auszusprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Dnat. — Lachen links.) Wer ist, was der Ministerpräsident gelegentlich in der Presse seiner Partei schreibt, der weiß, daß sein Geist und seine Ideen sich nicht geändert haben. Die Erklärung des Ministerpräsidenten spricht von einer Einheitsfront aller derer, die an Deutschlands Zukunft glauben. Diese Einheitsfront ist aber nur in nationalem Geiste möglich. (Beifall rechts.)

Es sind in zwischen verschiedene

Anträge über die Vertrauensfrage

eingelaufen. Zunächst der deutsch-nationale Antrag der Abg. Winkler und Genossen, folgenden Inhalts:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Landtag verweigert dem Staatsministerium, das in seiner Zusammenfassung den nationalen Interessen des Landes nicht entspricht und den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Preußens gefährdet, das zu seiner Ausführung erforderliche Vertrauen.“

Von den Koalitionsparteien ist ein Antrag der Abgeordneten Limbergh-Essen (Soz.), Dr. Borck (3.), Dejer (Dem.), Dr. v. Krause (D. Sp.) und Genossen eingegangen:

„Der Landtag billigt die Erklärung der Regierung und spricht ihr das Vertrauen aus.“

Abg. Dejer (Dem.): Wir haben jetzt ein Kabinetts der Vertrauensfrage. Der Abg. Winkler hat hier viel von nationaler und internationaler Politik gesprochen. Wir sind der Meinung, daß die Schaffung dieses Kabinetts eine nationale Tat bedeutet.

Groß-Berlin

Die neue Stadtgemeinde Berlin.

Das Statistische Amt der Stadtgemeinde Berlin hat soeben eine erste statistische Zusammenstellung („Statistische Grundlagen“) über die neue Stadtgemeinde veröffentlicht. Demnach ist Alt-Berlin mit einer guten Hälfte, mit 52,2 Proz. an der Gesamtbevölkerung beteiligt. Die einzelnen Alt-Berliner Verwaltungsbezirke gehen sämtlich über den Durchschnitt von 5 Proz. mehr oder weniger weit hinaus. Unter den Außenbezirken stehen nur Schöneberg mit 5,8 Proz., Neukölln mit 7,8 Proz. und Charlottenburg mit 8,5 Proz. über dem Durchschnitt. Der kleinste an Bevölkerungszahl überhaupt ist der Bezirk Zehlendorf mit 0,9 Proz. Im letztgenannten Bezirk bildet sich die absolute Zahl nur aus 32918, das ist noch nicht der 11. Teil der Bevölkerung des Bezirkes Kreuzberg mit seinen 366299 Einwohnern.

Die 3804048 Seelen der letzten Volkszählung waren in 1187102 Haushaltungen zusammengeschlossen, wobei auch die Anstalten für gemeinnützigen Aufenthalt, wie Kasernen, Krankenhäuser, Strafanstalten usw. als Haushaltungen zu zählen sind. In diesem Sinne ergibt sich eine durchschnittliche Haushaltungsstärke von drei Personen.

Ueber die Altersverhältnisse der Bevölkerung ergibt sich aus der tabellarischen Uebersicht, daß im Gesamtdurchschnitt der Stadtgemeinde über dreiviertel der Bevölkerung im Alter der Erwerbsfähigkeit von 14 bis 65 Jahren stehen, während 18,7 Proz. als noch nicht erwerbsfähig und 4,8 Proz. als nicht mehr erwerbsfähig anzusehen sind. Von diesen Durchschnittszahlen weisen die einzelnen Verwaltungsbezirke höchst beachtenswerte Abweichungen auf. So schwanken die Anteile der Unerwachsenen von 14,7 Proz. in Berlin-Ritte bis zu 23,6 Proz. im Bezirk XX (Reinickendorf). Entgegen liegen die westlichen Außenbezirke dem Minimum näher, wie z. B. Bezirk IX (Wilmersdorf-Granevolde) mit 13,4 Proz., Bezirk XI (Schöneberg) mit 15,5 Proz., ferner auch die Alt-Berliner Bezirke VI (Kreuzberg) mit 15,5 Proz. und Bezirk II (Tiergarten) mit 15,7 Proz. In den übrigen Stadtgemeinden aber übersteigt die Riffer den Durchschnitt, und zwar — von dem schon genannten Bezirk XX abgesehen — am meisten mit Sagen von 22 bis 23 Proz. im Bezirk XV (Tropow), Bezirk XIV (Neukölln) und im Bezirk XVII (Lichtenberg). Aus diesen Zahlen ist deutlich ersichtlich, daß die Arbeiterfamilien im Durchschnitt eine höhere Kinderzahl zu verzeichnen haben, als die reicheren Bevölkerungsschichten. Eine allgemein bekannte Tatsache wird hier aufs neue bestätigt.

Die Sachverständigen im „Reigen“-Prozeß.

Ludwig Fulda, Intendant Baron zu Puttk, Professor Kloor, Alfred Kerr.

Den Schluß der gestrigen Verhandlung bildete die Bernehmung einer großen Anzahl literarischer und Bühnensachverständiger. Als erster wurde Dr. Ludwig Fulda vernommen, dessen erste Auslassungen wir noch im gestrigen Abendblatt gebrannt hatten. Dr. Fulda führte des weiteren aus: Schnitzler habe nie daran gedacht, daß diese von ihm geschriebenen Dialoge auf die Bühne gelangen sollten, er hatte das Werk nur für die Lesart geschrieben. Der intellektuelle Urheber der „Reigen“-Aufführung sei Prof. Reinhard, der dem Dr. Schnitzler erklärte: „Ich halte die Aufführung Ihres Wertes künstlerisch nicht nur für opportun, sondern für durchaus wünschenswert.“ Es sei ferner zu erinnern an die Entstellungen des Geschlechtsaktes, wie sie in „Faust“, „Ameise und Insekta“, „Nadith“, in „Wagners“, „Waltüre“ vorkommen. Das Buch der „Waltüre“ habe seiner Zeit Schopenhauer vorgelesen und dieser schrieb hinter Wagners Bemerkung „Der Vorhang fällt schnell“, die Bemerkung: „Es war aber auch die höchste Zeit!“ Sicherlich sei es

nicht erwünscht, daß unreise junge Leute in den „Reigen“ gehen. Jugendlichen können aber nicht nur durch den „Reigen“ gefährdet werden, sondern auch durch zahllose andere Werke der Kunst und Wissenschaft, durch Zeitungsartikel, ja auch durch Gerichtsverhandlungen. Der Jugendschutz mag den Weg einschlagen, der ihm geeignet erscheint, nie oder darf er so weit gehen, daß er das Leben der Erwachsenen einschränkt und hemmuntet. Die Erwachsenen haben das Recht, lebenswichtige Dinge in der Offenheit zu behandeln zu sehen. Die Eltern mögen ihre Kinder so erziehen, daß sie nicht in sie gefährdende Vorstellungen hineingehen. Die Kunst würde um eines ihrer besten Stoffgebiete gebracht werden, wollte man ihr verbotene, erotische Probleme zu behandeln. Der „Reigen“ weist einen pessimistischen Zug auf, und ist keine Verherrlichung oder Verbilligung des Ehebruchs. Wie jemand dadurch angereizt werden kann, ist demgemäß dem Sachverständigen absolut unverständlich.

Der nächste Sachverständige Baron zu Puttk hat sich in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Bühnenvereins mit der Aufführung des „Reigen“ befaßt. Nach seiner Ueberzeugung hat Frau Escholt bezüglich des „Reigen“ die künstlerischen Interessen nie vernachlässigt. Niemals auch hat er bei den wiederholt von ihm besuchten Vorstellungen einen Moment das Gefühl des Zwangs empfunden. In dem Bestreben, möglichst dezent zu spielen, habe sich nach seiner Empfindung viel mehr eine gewisse Langeweile eingeschlichen. Auch die Frau des Sachverständigen ist durch nichts chollert gewesen. Alle von ihm geäußerten Vorstellungen gleichen wie ein Ei dem anderen und er könne nach seinen Beobachtungen die Wut gegen den „Reigen“ nicht verstehen. Als Sachverständiger kann er nur voll unterschreiben, was Dr. Fulda über den „Reigen“ ausgeführt hat. Im übrigen weist der Sachverständige darauf hin, daß ihn der ganze Prozeß mit großer Sorge erfüllt. Wenn hier eine Verurteilung erfolge, in welcher Situation kämen da die Theaterdirektoren? Es würde eine

Revolution unter den Bühnenschauspielern

eintreten, wenn ihnen auf diese Weise das Leben verleidet werde. Der Sachverständige Professor Kloor hat nichts als unflätlich und anfänglich empfunden. Bei dem Kampf im Leben spielen sexuelle Vorgänge eine große Rolle. Von einem unflätlichen Drama kann hier nicht die Rede sein, wenn auch Unflätliches darin enthalten ist. Man könne wohl von den Grenzen des Darstellbaren für

das Dramatische sprechen, jedoch seien bei der Aufführung des „Reigen“ die Grenzen nicht überschritten.

Der Sachverständige Dr. Alfred Kerr verbreitet sich sodann zunächst über die Stimmung, aus der heraus das Buch „Der Reigen“ entstanden sei.

In dem „Reigen“ liege eine schwermüßige Stimmung

und der Dichter sage nicht „Das ist schön“, sondern „Da habt ihr die Befahrung, so geht es“. In den sexuellen Vorgängen erblickt Dr. Kerr keine Unzüchtigkeit, wenn auch von einer „Heiligkeit“ bei ihnen nichts zu spüren sei. Es sei heutzutage der Erwachsenen unwürdig und eine Heuchelei, so etwas als unzüchtig anzusehen, wenn die Heiligkeit fortwähle. Im übrigen sei das Reich der Kunst keine Kinderstube. Es gilt, unsere Kinder so zu erziehen und zu erziehen, daß sie durch solche Werke nicht verdorben werden können.

Die weiteren Sachverständigen Ludwig Sternau, Dr. Herbert Jhering, Hochdorf, Hugfeld und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Lindenau schließen sich im wesentlichen den Ausführungen Fuldas an. Dr. Lindenau wies noch darauf hin, daß er bei dem Publikum nichts von einer gewissen Erotik gespürt habe.

Die Verhandlung wurde darauf auf Sonnabend, 9 Uhr vormittags, vertagt.

Abgefaßte Mädchenhändler.

Die internationale Hochkapler- und Scherenschwindlerbande Goldschmidt und Genossen, über deren gefährliches Treiben wir wiederholt berichtet, ist jetzt restlos unschädlich gemacht. Der Anführer der Bande Goldschmidt sowie mehrere seiner Helfershelfer wurden, wie wir damals mitteilten, in Berlin dingfest gemacht. Sie hatten sich schon vor einigen Tagen vor Gericht zu verantworten. Jetzt ist es in Genua gelungen, auch die drei letzten Mitglieder der gefährlichen Gesellschaft hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wie von dort mitgeteilt wird, wurden diese in dem Augenblick verhaftet, als die liberale Gesellschaft gerade einen Dampfer nach Brasilien belegen wollten. Die hiesige Kriminalpolizei hatte festgestellt, daß sich die noch auf freiem Fuß befindlichen Mitglieder der Bande, die als Alex Maria de Matthei, Baron Enderjani und Baron von Balock auftraten, sich nach Genua gewandt hatten. Auf Benachrichtigung der dortigen Polizeibehörden hin wurden sie dann festgenommen. In ihrer Begleitung befanden sich vier junge, bildhübsche Mädchen, denen sie sich als schwerreiche Ausländer vorgestellt und die sie überredet hatten, mit ihnen nach Brasilien auszuwandern. Die Gesellschaft plante jedoch, sie, wie in früheren Fällen, am Freudenhäuser zu verkaufen. Die Mädchen konnten so im letzten Augenblick vor diesem Schicksal bewahrt werden. Auch jetzt wieder hatte die Bande mit gefälschten amerikanischen Checks operiert und große Summen erhalten.

Selbstmord in der Blumenstraße.

In der vergangenen Nacht hat sich im „Residenzcasino“ in der Blumenstr. 10 der 22 Jahre alte, aus Bielefeld gebürtige Kaufmann Rudolf Knack auf der Loggette des Lokals erschossen. Ein Berliner Mittagsblatt brachte die Tat mit dem Erzbergermord in Zusammenhang. Danach sollte Knack an diesem beteiligt gewesen sein und vor seiner Verhaftung gestanden haben. Wie wir dazu erfahren, ist diese Nachricht unzutreffend. Der junge Mann hatte vielmehr in der Wirtschaft eine Zechen von 2000 M. gemacht, die er nicht bezahlen konnte. Da ihm deswegen seine Verhaftung bevorstand, machte er seinem Leben ein Ende.

Erweiterung der Schulzahnklinik in Lichtenberg.

Um den Nutzen der Einrichtungen der städtischen Schulzahnklinik in Lichtenberg auch der Schuljugend in den mit der früheren Stadtgemeinde Lichtenberg als „Verwaltungsbezirk Lichtenberg“ (17) der Stadtgemeinde Berlin vereinigten Ortsbezirken zuteil werden zu lassen, war eine bedeutende Erweiterung der Klinik notwendig. Sie ist nunmehr erfreulicherweise durchgeführt worden, so daß auch die angelierten früheren Ortschaften Friedrichsfelde-Karlshorst, Mahlsdorf, Biesdorf, Rawisdorf, Marzahn, Hellersdorf und Wuhlgartenbezirk durch die Wohlfahrtspflege der Klinik erfaßt werden.

Die Abnahmebestimmung der erweiterten Räume und Einrichtungen im Gebäude, Lichtenberg, Rothausstr. 7, die durch Herrn Bürgermeister John und die Verwaltungsbezirks-Gesundheitskommission vorgenommen wurde, zeigte die sehr vorteilhafte Anlage der neugestalteten Klinik in hygienischer und räumlicher Beziehung. Dem von der Leitung der Klinik verdienstlichen Zahnarztmeister Herrn Dr. Klein stehen nunmehr 2 Assistentenärzte und 3 Schwestern zur Seite, die Zimmerzahl (darunter 2 schöne Behandlungsräume mit 3 Operationsstühlen) ist von 4 auf 8 vermehrt worden. Die Ausdehnung der nach Möglichkeit kostenfreien Behandlung auf die Schuljugend aller Schulbezirke des Verwaltungsbezirks ist in Aussicht genommen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauslage bei.

Stroßenbahnverbindung Lichtenberg—Johannisthal—Friedrichsfelde, Schloßstraße, wird an der Friedrichsfelder Kirche verbunden mit den Stellen der Linie 69 und es werden ab 1. Januar 1922 nach Herstellung dieser bereits im Bau befindlichen Gleisverbindung die Wagen der Linie 69 vom Alexanderplatz durch die Frankfurter Allee über Friedrichsfelde nach Johannisthal verkehren, um diese Linie später, allmählichen Wünschen entsprechend, nach Ausbau der verlängerten Kaiser-Friedrich-Straße in Reinickendorf bis Baumhuldenweg zu einem Ring zu schließen. Das Projekt einer direkten Verbindung des industriereichen Lichtenberger Nordgebietes mit Friedrichsfelde wird weiter verfolgt.

Portorückführung für Auslandspakete. Die anhaltende Verschlechterung des Postverkehrs zwingt die Postverwaltung, vom 15. November an die Gewicht- und Versicherungsgebühren im Auslandspaketenverkehr wieder zu erhöhen und noch dem Verhältnis von 1 Goldfranken = 48 M. (gegenwärtig 20 M.) zu erhöhen. Dieses Umrechnungsverhältnis ist aus der Wertangabe auf Briefen und Paketen mit Wertangabe und auf Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten erteilen die Postanstalten Auskunft.

Jugendfürsorge im Bezirk Trepow. Das Bezirksjugendamt Trepow hat eine Abteilung Jugendfürsorge geschaffen, die u. a. sich die Aufgabe gestellt hat, die Eltern schwerer erkrankter Kinder zu unterstützen. An den einzelnen Ortschaften des Bezirks werden besondere Ehrenkinder abgehalten, in denen Eltern, die in der Erziehung und Pflege ihrer Kinder Schwierigkeiten haben, Rat und Hilfe erteilt wird. Die Ehrenkinder werden abgehalten: in Oberkadow-Weidenhagen, 33. Zimmer 13, am Dienstag nachmittags 5—7 Uhr; in Niederkadow-Weidenhagen, Gemeindebehördenstr. 1, Zimmer 1, Freitag 8—10 Uhr vormittags; in Althofen-Weidenhagen, 1. Zimmer 1, Montag 5—7 Uhr nachmittags; in Alt-Weidenhagen, Weidenhagenstr. 60, Zimmer 13, Donnerstag 8—10 Uhr vormittags.

Jugendbühne Neukölln. Am Sonnabend, den 12. November, nachmittags 3 Uhr, findet im städtischen Lichtspielhaus, Bergstraße 147, eine einmalige Vorstellung des großen Märchenstraßenfestes „Der kleine Ruck“ statt. Karten a. 0,50 M. für Schüler und Schülerinnen und 1 M. für Erwachsene sind im Jugendamt, Rathaus, Zimmer 278 und an der Tageskasse zu haben.

Berein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Wilmersdorf. Die für Sonnabend geplante Fahrt nach Löwenbusch findet vorläufig nicht statt. Dafür Übungen für die Weihnachtstage.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, jedoch Abends und in der Nacht bei gelindem Frost und streichen östlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinaufrufen.

S. Kreis Friedrichshagen. Heute abend 7 Uhr: erweiterte Kreisversammlung bei Schudert, Rühensdorfer Straße 2.

Gewerkschaftsbewegung

Bayern und die Sonntagsruhe.

Der Zentralverband der Angestellten hat an den Reichsarbeitsminister folgenden offenen Brief gerichtet:

Im unserem Schreiben vom 9. September 1921 teilten wir Ihnen mit, daß die bayerische Regierung mit der Bekanntmachung vom 20. August d. J. („Bayerische Staatszeitung“ Nr. 193) die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in der Handelsgewerbe außer Kraft gesetzt hat. Wir wiesen gleichzeitig darauf hin, daß bereits vor mehr denn Jahresfrist das Reichsarbeitsministerium auf Grund von Beschwerden der württembergischen Regierung gezwungen war, die Einhaltung der Sonntagsruhevorschriften in Bayern zu fordern. Heute sind wir in der Lage feststellen zu können, daß nicht nur der Reichstag, Ihr Ministerium, das württembergische Arbeitsministerium, sondern neuerdings auch das bayerische Arbeitsministerium mit erschütternder Deutlichkeit bestätigt, daß die Bekanntmachung über die Sonntagsruhe in Bayern rechtswidrig ist. Auf eine Eingabe der Landeszentrale des bayerischen Einzelhandels, in der ebenfalls unter Bezugnahme auf Bayern eine Durchbrechung der Sonntagsruhe vorerst verlangt wurde, hat das bayerische Ministerium folgende Antwort gegeben:

„Das bayerische Ministerium für soziale Fürsorge hat in der Tat die von Ihnen mit Schreiben vom 12. September 1921 mitgeteilte Regelung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe begehrt. Wir sind aber nicht in der Lage, in gleicher Weise zu verfahren, da wir die gesetzlichen Voraussetzungen nicht für gegeben erachten und auch sachlich eine derartig weitgehende Durchbrechung des Grundgesetzes vollkommener Sonntagsruhe nicht glauben vertreten zu können. Wir haben dem Reichsarbeitsministerium erneut um die Herbeiführung einer endgültigen für das ganze Reich einheitlichen Regelung ersucht.“

Die Reichsregierung ist also vollkommen klar. Wir verlangen, daß die Reichsregierung nunmehr nicht nur Worte gebraucht, sondern auch durch Taten einen Rechtszustand in Bayern in Sachen der Sonntagsruhe herstellt. Ihre Referenten haben in der Besprechung am 7. Oktober d. J. auf unsere Forderung nach einer einwandfreien Erklärung des Reichsarbeitsministeriums eine ausweichende Antwort gegeben. Wir vermissen bis jetzt keine klare Stellungnahme. So dürfen unseres Erachtens nach die Dinge nicht weitergehen, denn eine Regierung, die nicht dafür sorgt, daß der Rechtsgesetz Geltung verschafft wird, hat kein Recht, sich über den Schwanden des Rechtsbewußtseins im Volke zu beklagen.

Zentralverband der Angestellten.

Der Tarif der Konditoren

Für das Personal der Konditoreien wurde über die Arbeitsbedingungen vor dem Schlichtungsausschuß mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren ein Vergleich geschlossen. Die entstehende Zwangsinnung war durch den geschäftsführenden Ausschuß vertreten, so daß der Vergleich „nachhaltig“ der Genehmigung der zuständigen Zwangsinnung“ geschlossen werden mußte. Der Tarifvertrag vom 1. November 1920 wird mit der Maßgabe bis zum 1. Februar 1922 verlängert, daß bezüglich des Arbeitsnachweises die Parteien darüber einig sind, daß ihre Wünsche betreffend die Organisation des Arbeitsnachweises vom Fachauschuß beraten und angeschlossen werden soll. Vom 1. November 1921 ab werden folgende Löhne gezahlt: Konditorgehilfen bis 21 Jahre pro Woche 400 M., über 21 Jahre 430 M., Ladengehilfen 10 Proz. vom Umsatz und 35 M. wöchentlich; garantiertes Mindesteinkommen bei vierjährigem Durchschnitt pro Woche 450 M. Hausdiener, Hilfsarbeiter und ungelernte Arbeiter bis 19 Jahre wöchentlich 200 M., bis 24 Jahre 250 M., über 24 Jahre 340 M., Kutscher 370 M. Weibliche Hilfskräfte für Küche, Bad-

stube und Hausarbeit bis 19 Jahre wöchentlich 190 M., monatlich 823,50 M., bis 24 Jahre wöchentlich 220 M., monatlich 933,50 M., über 24 Jahre wöchentlich 250 M., monatlich 1083,50 M. Verkäuferinnen, Kassiererinnen, Kaffeemaisel bis 21 Jahre wöchentlich 240 M., monatlich 1040 M., über 21 Jahre wöchentlich 270 M., monatlich 1170 M. Für Kost werden täglich 12 M., für Wohnung täglich 2 M. in Abzug gebracht. Die Parteien sind sich darüber einig, daß bis zum 1. Februar 1922 zwischen der neuen Zwangsinnung und dem Zentralverband ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden soll. Falls mit einer anderen Organisation der Arbeitnehmer (gemeint ist die Hirsch-Duncker'sche) innerhalb der Zeit bis zum 1. Februar 1922 günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen vereinbart werden sollten, so sollen diese günstigeren Bedingungen vom Tage der Wirkung der Vereinbarung ab auch für die Mitglieder des Zentralverbandes Geltung haben.

Zu diesem Vergleich nahm am Donnerstag eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des im Zentralverband der Bäcker und Konditoren organisierten Personals der Berliner Konditoreien Stellung, nachdem Thiemme einen Bericht von den Verhandlungen erstattet hatte. Nach einer Diskussion stimmten die Versammelten dem Vergleich zu, erklärten aber gleichzeitig in der Entschließung, daß sie Gewehr bei Fuß stehen und jederzeit gewillt sind, den Kampf um ihre Rechte aufzunehmen.

Zu bemerken ist noch, daß bei grundlegenden Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Tarifvertrag auf Antrag einer Vertragspartei innerhalb eines Monats in neue Verhandlungen einzutreten ist.

Neue Löhne in der Strohhutindustrie. Verhandlungen der Arbeiter und Arbeitnehmer der in der Strohhutindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen brachten folgende Lohnerhöhungen: Für November 25 Proz., ab 1. Dezember 30 Proz., gefordert waren 40 Proz. Danach stellen sich die Löhne wie folgt: Für Hutmacher ab November 432,50 M., ab 2. Dezember 448 M., Näherinnen und Garniererinnen November 232,20 M., für Dezember 303,20 M. Eine aus beiden Teilen neu gebildete Differenzkommission wird dauernd in Verbindung bleiben und Mißstände und dergleichen umgehend regulieren.

Gewerkschaftstaktik Romane. Montag 7 1/2 Uhr bei 5 mte. Gewerkschaftsvereins-Sitzung. Im Anschluss daran am dem selben Abend: Ratetätigkeit.

Aus aller Welt.

Neue Petroleumquelle in der Tschechoslowakei.

„Robodnik Dobini“ meldet aus Gabell, daß am Dienstag, den 8. d. M., im Gabeller Rapphahof ein neues Bohrloch unter großem Geräusch eine so große Menge von Öl auszuwerfen begann, daß die ganze Umgebung in kurzer Zeit überschwemmt wurde. Der aufstieigende Dampf erreichte eine Höhe von 80 Metern. Die Erupcion ist von häufigen Gasexplosionen begleitet. Das Volk meint, man scheine bei den Bohrungen endlich auf die Hauptquelle der Gabeller Gruben gestoßen zu sein, denn die Menge des ausfließenden Öls sei so groß, daß drei in Tätigkeit gesetzte Pumpen nicht genügen, die herausströmende Menge aufzuschöpfen. — Nach einer anderen Meldung aus Gabell werden rings um die Petroleumquellen Riesenbäume aufgeworfen für die Schaffung eines großen prozessierten Reservoirs, das bereits jetzt einem See gleiche.

Verhaftung eines Redaktionsleiters. Vor kurzem wurde durch zwei angehende Kaufleute eine junge Krattwive in der Friedrichstraße in München um ein Quantum Radium im Werte von 7 Millionen Mark beschwindelt. Jetzt ist im Saarbrücken ein Kaufmann aus München verhaftet worden, der einem apotheker Radium im Werte von 600 000 Mark zum Kauf angeboten hatte.

Der tschechische Denkmalkrieg hat jetzt das Maria-Theresia-Denkmal in Prag besetzt.

Eine Schnellzuglokomotive gestohlen. In Hoyerwerda ist aus dem Schuppen des dortigen Güterbahnhofes eine komplette Schnellzuglokomotive, die auf einem toten Gleis stand, spurlos verschwunden.

Verantw. für den Inhalt: Leit. Dr. Werner Dittler, Charlottenburg; für Anzeigen: Ed. Glaser, Berlin; Verlagsgesellschaft Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Schwinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Klasse. 24. Ziehungsstag. 10. November 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die obere gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Im Ganzen, Kopfdruck verboten.

In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

2 zu 20000 M 288963	10 zu 6000 M 70091 87277 1 6206 119038 271702
2 zu 10000 M 139907	100 zu 1000 M 771 4076 2 901 13948 26843 35166 37647 50172 52753
6 zu 1000 M 28883 167376 204906	62558 67112 78264 72741 73140 76757 76147 77037 81650 87039 08963
10 zu 6000 M 70091 87277 1 6206 119038 271702	64850 67677 68627 101994 104767 106097 108395 109911 158777 13 942
100 zu 1000 M 771 4076 2 901 13948 26843 35166 37647 50172 52753	148412 149118 181026 187672 189795 190457 67036 171000 1716 8 176000
62558 67112 78264 72741 73140 76757 76147 77037 81650 87039 08963	177070 177231 181769 184039 187708 188332 238856 210051 216699 221191
64850 67677 68627 101994 104767 106097 108395 109911 158777 13 942	216708 225166 274823 278806 248088 263167 263096 268005 202001 271999
148412 149118 181026 187672 189795 190457 67036 171000 1716 8 176000	271596 278608 278600 281713
177070 177231 181769 184039 187708 188332 238856 210051 216699 221191	328 zu 1000 M 1825 4871 8036 8992 12465 13960 17201 17313 17432
216708 225166 274823 278806 248088 263167 263096 268005 202001 271999	17851 17910 18562 18940 2167 26742 27280 27728 28704 29500 30858
271596 278608 278600 281713	31434 36454 38910 39118 41234 43899 44601 45456 45529 48637 48116
328 zu 1000 M 1825 4871 8036 8992 12465 13960 17201 17313 17432	49453 54933 57479 57902 59305 61284 64852 64758 68390 67544 68 95
17851 17910 18562 18940 2167 26742 27280 27728 28704 29500 30858	69948 70592 71443 73743 87441 80178 69269 89074 91014 91382 92067
31434 36454 38910 39118 41234 43899 44601 45456 45529 48637 48116	100019 100458 100485 100769 202082 101893 105733 101878 1114 6 112690
49453 54933 57479 57902 59305 61284 64852 64758 68390 67544 68 95	114071 116922 121427 1234 2 12954 123669 126076 134049 136669 136821
69948 70592 71443 73743 87441 80178 69269 89074 91014 91382 92067	128317 129713 142686 142724 143681 144313 149180 110379 152703 161731
100019 100458 100485 100769 202082 101893 105733 101878 1114 6 112690	1 15545 166840 167139 168433 169097 170494 171784 171600 172120 17 104
114071 116922 121427 1234 2 12954 123669 126076 134049 136669 136821	176992 176742 179 49 179261 1798 7 179968 110479 1831 9 184160 185439
128317 129713 142686 142724 143681 144313 149180 110379 152703 161731	188772 190929 191679 193015 194015 194501 199299 20 368 20000 203432
1 15545 166840 167139 168433 169097 170494 171784 171600 172120 17 104	209 28 10458 10527 210931 212687 221173 22379 226330 2 6699 27931
176992 176742 179 49 179261 1798 7 179968 110479 1831 9 184160 185439	231791 234180 234846 235129 235381 239332 241944 242211 242361 244435
188772 190929 191679 193015 194015 194501 199299 20 368 20000 203432	243175 43719 249350 249385 249994 250994 251300 252590 253361 259527
209 28 10458 10527 210931 212687 221173 22379 226330 2 6699 27931	257071 67194 261819 269005 64443 269166 268157 268519 268593 271442
231791 234180 234846 235129 235381 239332 241944 242211 242361 244435	271327 277803 281769 2816 9 284930 289041 292376 290002 293380 29 683
243175 43719 249350 249385 249994 250994 251300 252590 253361 259527	299938

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

2 zu 20000 M 127709	10 zu 6000 M 70091 87277 1 6206 119038 271702
2 zu 10000 M 104907	100 zu 1000 M 771 4076 2 901 13948 26843 35166 37647 50172 52753
6 zu 1000 M 28883 167376 204906	62558 67112 78264 72741 73140 76757 76147 77037 81650 87039 08963
10 zu 6000 M 70091 87277 1 6206 119038 271702	64850 67677 68627 101994 104767 106097 108395 109911 158777 13 942
100 zu 1000 M 771 4076 2 901 13948 26843 35166 37647 50172 52753	148412 149118 181026 187672 189795 190457 67036 171000 1716 8 176000
62558 67112 78264 72741 73140 76757 76147 77037 81650 87039 08963	177070 177231 181769 184039 187708 188332 238856 210051 216699 221191
64850 67677 68627 101994 104767 106097 108395 109911 158777 13 942	216708 225166 274823 278806 248088 263167 263096 268005 202001 271999
148412 149118 181026 187672 189795 190457 67036 171000 1716 8 176000	271596 278608 278600 281713
177070 177231 181769 184039 187708 188332 238856 210051 216699 221191	328 zu 1000 M 1825 4871 8036 8992 12465 13960 17201 17313 17432
216708 225166 274823 278806 248088 263167 263096 268005 202001 271999	17851 17910 18562 18940 2167 26742 27280 27728 28704 29500 30858
271596 278608 278600 281713	31434 36454 38910 39118 41234 43899 44601 45456 45529 48637 48116
328 zu 1000 M 1825 4871 8036 8992 12465 13960 17201 17313 17432	49453 54933 57479 57902 59305 61284 64852 64758 68390 67544 68 95
17851 17910 18562 18940 2167 26742 27280 27728 28704 29500 30858	69948 70592 71443 73743 87441 80178 69269 89074 91014 91382 92067
31434 36454 38910 39118 41234 43899 44601 45456 45529 48637 48116	100019 100458 100485 100769 202082 101893 105733 101878 1114 6 112690
49453 54933 57479 57902 59305 61284 64852 64758 68390 67544 68 95	114071 116922 121427 1234 2 12954 123669 126076 134049 136669 136821
69948 70592 71443 73743 87441 80178 69269 89074 91014 91382 92067	128317 129713 142686 142724 143681 144313 149180 110379 152703 161731
100019 100458 100485 100769 202082 101893 105733 101878 1114 6 112690	1 15545 166840 167139 168433 169097 170494 171784 171600 172120 17 104
114071 116922 121427 1234 2 12954 123669 126076 134049 136669 136821	176992 176742 179 49 179261 1798 7 179968 110479 1831 9 184160 185439
128317 129713 142686 142724 143681 144313 149180 110379 152703 161731	188772 190929 191679 193015 194015 194501 199299 20 368 20000 203432
1 15545 166840 167139 168433 169097 170494 171784 171600 172120 17 104	209 28 10458 10527 210931 212687 221173 22379 226330 2 6699 27931
176992 176742 179 49 179261 1798 7 179968 110479 1831 9 184160 185439	231791 234180 234846 235129 235381 239332 241944 242211 242361 244435
188772 190929 191679 193015 194015 194501 199299 20 368 20000 203432	243175 43719 249350 249385 249994 250994 251300 252590 253361 259527
209 28 10458 10527 210931 212687 221173 22379 226330 2 6699 27931	257071 67194 261819 269005 64443 269166 268157 268519 268593 271442
231791 234180 234846 235129 235381 239332 241944 242211 242361 244435	271327 277803 281769 2816 9 284930 289041 292376 290002 293380 29 683
243175 43719 249350 249385 249994 250994 251300 252590 253361 259527	299938

Es ist dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthalten niedrigeren Gewinn und aus den Zahlen zu ersehen, die bei den verschiedenen Ziehungen zur unangenehmsten Überraschung ausfallen.

Haus Oranien

gewährt vermehrte Ermäßigungen, Diathermie, Licht-, Vierzellebäder usw. größte Heilerfolge bei allen Erkältungskrankheiten, Grippe, Rheuma, Ischias, Lähmungen, Schreißkrampf, Schlaflosigkeit, Blutarmer, Nervenleiden u. a.

15 Behandlungen von M. 65.- an. — Prospekte und Auskünfte kostenlos.

Brillanten Gold- und Silber-Bruch sind bei der heutigen Valuta **große Werte!**

Nur das reelle Juwelengeschäft, welches Selbstverbraucher ist, bietet Ihnen Gewinn für die bestmögliche Verwertung Ihres Schmuckes.

Otto Köppen, Juwelier,
Große Frankfurter Straße 105,
bis 7 Uhr. (Central 1883)

Ueberbiete jede Konkurrenz für **Platin, Gold- u. Silberbruch**

Zahngebisse, alte Münzen und sämtliche Schmuckgegenstände

Roseneck, Neukölln
Ziethenstr. 4, I, an der Bergstraße.
Größtes Absatzgebiet für Händler.

Ihre Damen- u. Herrenhüte reinigt, färbt u. presst um in höchster Vollendung.

Stroh- u. Filzhütefabrik Georg Erdmann
Schönhaus Allee 16, Reinickendorf Str. 32
Neukölln, Hermannstraße 36 57
Hierfür 5% Ermäßigung

Korbmöbel für Gärten, Balkone, Wohnzimmer i. moderner u. dauerhafter Ausführung. Korbbesatz v. M. 48 an. Große Auswahl Besichtigung erbeten

Heinrich Kaese
Korb- u. Korbmöbelhändler,
Neukölln, Berliner Str. 29
Quergeb. pt. (Keil Lad.)

Billig und gut kaufen Sie Ihre **Herrengarderobe** in der **Bekleidungszentrale des Nordens**

Rosenhofer Str. 66 (Nähe Rosenthal Pl.)
Kä der erhalten auf dieses in erat 3% Rabatt

Korb- und Rohrmöbel stets hervorragende Neuheiten Große Auswahl, billige Preise

Edmund Voh, Berlin-Neukölln, Berliner Str. 14, Nähe Hermannpl. Tel. Neukölln 2284.
Reparaturen sämtl. Korbwaren.

Zahn-Atelier H. Knapp vorm. Feuler für modernen Zahnersatz

Sprechstunden 9-11 u. 3-5, Sonntags 10-12
Kottbuser Damm 70-71. Telefon: APl. 7827

Reste in Damen-Unterstoff, Tuchen, Altkleidern, Velours, Astrachan, Krimmer und Plüsch, Gabardine und Twillkammern, blau und farb., 130 Br. billig

Reste in Anzug- und Paletotstoffen für Herren und Knaben

Gelegenheitskäufe in modernen Mänteln, Kostümen und Röcken

Paul Karle
O 34, Warschauer Straße 79

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert f. gut. Sit u. Verarbeitung?

Max Motel, Schneidermeister
Neukölln, Ringbahnstraße 88 u. Tel. 900
Hilfsamt für höchste Staatsbeamten.
Wirtsch. Unterrichtsamt u. Dienststellen. 12008*

Neuköllner Möbel-Vertrieb Ludwig Rogasner
Nähe Hermannstr. 50, Ecke Anzengruberstr.
FERNRUF NEUKÖLLN 9000

Spec. Schlafzimmer
Küchen
Bestellen Sie meine Qualitäten u. Preise

Kreuz-, Silber-, Zohelfuchse von 175 Mark an

Pelzhans Jägermann
Oranienstraße, Ecke Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz.

Korbmöbel kaufen Sie am verteilhaftesten direkt beim Hersteller

A. Lesdan
Korbmöbel
Werkstätten für feine Korbmöbel.
Fernstr. Neukölln 1159
Ausstellung u. Verkauf nur Neuk., Anzengruberstr. 20

Möbel kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei

Neugebauer
Charlottenburg
Wilmersdorfer Str. 125
Ed. Schillerstraße,
Reinickendorf. 1907

Alt-Metalle Kupfer, Messing, Zinn, Blei, Nickel, Stahl, Metallwaren

Metallbörse Sawallisch
Potsdamer Str. 38.

Große Auswahl in **Korbmöbeln** **Kinderwagen** **Metallbettstellen**

Sämtl. Kinderfahrz. u. -Wagen
F. Bergmann u. Sohn
Wilmersdorf
Berliner Str. 24
Sämtl. Reparatur. schnellst.

Pelz- Waren nur so billig, Verarbeitung billigt

Goldstein, Dresd. Str. 1, I
a. Hochbahn, Kottbus. Tor

Stottern Stammer, Lispeln, Atemnot und Angstzust. vom Sprechen beseitigt gründlich

Dr. Schraders
Spezial-Inst. für Stottern
Berlin W, Lützowstr. 38 (Spr. 4-7, aus Sonnt. u. Sonnt.)

Carl Zobel Herren-Moden fertig und nach Maß

Berlin SO 16, Cöpenicker Straße 121, Ecke Michaelkirchstraße

Alle Größen vorhanden — Reiches Stofflager — Stets Neuheiten — Werkstatt im Hause

Gegründet 1886 Prämiert mit Staatspreisen — Goldene Medaillen — Ehrenpreise

Telephon: Moritzplatz 2604